



MINISTER IM LOBBYSTURM

**SCHLUSS MIT  
FREIWILLIGKEIT**

Verbindliche Unternehmensverantwortung jetzt!

## Liebe Leser\*innen, liebe Freund\*innen,

in der vergangenen Ausgabe der presente haben wir Ihnen unseren Eindruck geschildert, in einer „verkehrten Welt“ zu leben. Der ursprünglich linke sandinistische Revolutionsanführer Daniel Ortega schlägt Proteste der Bürger\*innen in Nicaragua brutal nieder. Und ausgerechnet aus einem CSU-geführten Ministerium, dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), kommt ein weitgehender Gesetzesentwurf, welcher Unternehmen mit Sitz in Deutschland endlich zur Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards in ihren Lieferketten verpflichten würde. Dies fordern wir seit Jahrzehnten!

Käme es zur Verabschiedung des Gesetzes, könnte die Verletzung von Menschen- und Arbeitsrechten vor Gericht verhandelt werden. Konkret würde das Gesetz zum Beispiel den Näher\*innen, die in Fabriken in Mittelamerika Sportbekleidung für Adidas herstellen, die Möglichkeit bieten, den Sportartikelhersteller vor einem deutschen Gericht zu verklagen, wenn dieser nicht ausreichend für würdige Arbeitsbedingungen (in seinen Zulieferbetrieben) gesorgt hätte.

Den Eindruck, Teil einer „verkehrten Welt“ zu sein, konnten wir angesichts der teils empörenden Reaktionen aus Wirtschaftskreisen auf den Gesetzesentwurf bisher nicht abschütteln: So meint etwa die Präsidentin des Gesamtverbands Textil+Mode, Ingeborg Neumann: „Was der Minister plant, gefährdet unsere Existenz. Unsere globalen Konkurrenten werden uns einfach aus dem Markt fegen. Und am Ende wird man sich fragen, warum ausgerechnet die deutschen Unternehmen mit ihren hohen Umwelt- und Sozialstandards nicht überlebt haben.“

Der Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer sagte gar ohne jede Scham: „Hier wird eine faktische Unmöglichkeit von den Unternehmern verlangt: Sie sollen persönlich für etwas haften, das sie persönlich in unserer globalisierten Welt gar nicht beeinflussen können.“

Als ob diese Äußerungen, in denen die Wirtschaft jegliche Verantwortung von sich weist, nicht schon verquer genug wären, setzen das Kanzleramt und das Wirtschaftsministerium dem Ganzen die Krone auf: Beide versuchen aktuell mit fragwürdigen Tricks eine geplante Umfrage unter deutschen Unternehmen zum Stellenwert von Menschenrechten in deren Zulieferbetrieben so zu beeinflussen, dass das Ergebnis positiv ausfällt und damit die Verabschiedung eines Wertschöpfungsketten-Gesetzes unnötig ist.

Eines machen die Reaktionen auf den Gesetzesentwurf deutlich: Wir leben in einer Welt, in der die Forderung nach der Achtung von Menschenrechten mehr Empörung auslöst als die alltägliche Missachtung derselben; in der die systematische Verletzung von Menschenrechten einen Wettbewerbsvorteil darstellt. Eine Welt, in der eine Selbstverständlichkeit zu einer *Mission Impossible* stilisiert wird.

Wir finden, das darf nicht länger sein! Öffentliche Äußerungen wie die von Neumann und Kramer müssen hochpeinlich werden und einen Aufschrei auslösen. In Ihren Händen halten Sie unsere Reaktion auf den Entwurf des Gesetzes für faire Wertschöpfungsketten. Wir sind gespannt auf die Ihre!

### Ihr CIR-Team

Die Titelseite zeigt eine Karikatur von Oliver Stenzel, Karikaturist und Autor.





## THEMA

### Schluss mit Freiwilligkeit!

4 JOHANNA FINCKE (CIR)

#### Unternehmensverantwortung per Gesetz – zum Greifen nah?

Ein politischer Kommentar

8 Auf Stimmenfang

Aussagen von Gegner\*innen und Befürworter\*innen verbindlicher Unternehmensverantwortung

10 CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)

#### „Ein guter Anfang“

Sergio Chávez im Interview

12 MARCEL GOMES

#### Die Tragödie von Brumadinho

13 JOANA EINK (CIR)

#### „Wer einen Schaden anrichtet, soll dafür gerade stehen“

Daniel Hitzig von der Schweizer Konzernverantwortungsinitiative im Interview

## MITTELAMERIKA

### Länderberichte

18 MAIK PFLAUM (CIR)

#### EL SALVADOR

#### Zwischen Zukunftsangst und mutigem Engagement

21 ALBRECHT SCHWARZKOPF (CIR)

#### GUATEMALA

#### Menschenrechte auf der Kippe?

24 THOMAS KRÄMER (CIR)

#### NICARAGUA

#### Nicaragua und die Zukunft linker Politik

## KAMPAGNE

27 ISABELL ULLRICH (CIR)

#### 50 Jahre Primark - 50 Jahre Ausbeutung

## ÜBER UNS

30 Neues aus der CIR

31 Bestellschein

Diese presente könnte auch andere Personen oder Gruppen in Ihrem Umfeld interessieren? Bestellen Sie gerne mit einer Mail ([cir@ci-romero.de](mailto:cir@ci-romero.de)) oder einem Anruf (0251-674413-0) gratis weitere Exemplare zum Verteilen im Kollegium, der Freizeitgruppe und dem Bekanntenkreis!

## Impressum



### Herausgeberin:

Christliche Initiative Romero (CIR)  
Schillerstraße 44a  
D-48155 Münster  
Telefon +49 (0) 251 - 67 44 13 -0  
Fax +49 (0) 251 - 67 44 13 -11  
[cir@ci-romero.de](mailto:cir@ci-romero.de)  
[www.ci-romero.de](http://www.ci-romero.de)

### Redaktion:

Kirsten Clodius, Joana Eink (V.i.S.d.P.),  
Johanna Fincke, Lou Gerlach,  
Thomas Krämer, Maik Pflaum,  
Albrecht Schwarzkopf, Isabell Ullrich,  
Christian Wimberger

**Lektorat:** Joana Eink

**Druck:** Druckservice Roxel,  
Münster, Mai 2019

**Layout:** Edith Jaspers

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

### Spenden an die CIR

DKM Darlehnskasse Münster  
IBAN DE67 4006 0265 0003 1122 00  
BIC GENODEM1DKM

**Geprüft und empfohlen.**  
Das DZI bescheinigt der  
Christlichen Initiative  
Romero einen verant-  
wortungsvollen Umgang  
mit Spendengeldern.





# Unternehmensverantwortung per Gesetz – zum Greifen nah?

*Für viele Zeitungen eine Randnotiz, für uns als CIR ein Meilenstein: Im Februar wurde ein Gesetzesentwurf des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für nachhaltige Lieferketten öffentlich. Verpflichtende Unternehmensverantwortung könnte damit Realität werden. Doch die zahlreichen Gegner\*innen des Gesetzes laufen Sturm. Ein politischer Kommentar von JOHANNA FINCKE, CIR-GESCHÄFTSFÜHRUNG.*

**D**as laut offiziellen Bekundungen ungewollt veröffentlichte Papier mit dem sperrigen Titel „Gesetz zur Regelung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten in globalen Wertschöpfungsketten (Sorgfaltspflichtengesetz)“ ist seit Februar öffentlich einsehbar. Der Gesetzesentwurf verpflichtet alle Großunternehmen mit Sitz in Deutschland dazu, für die Einhaltung von Menschenrechten und für den Schutz der Umwelt in ihren Lieferketten Sorge zu tragen. Auch dann, wenn die Verstöße

von ihren formell eigenständigen Lieferanten in den Produktionsländern begangen werden. Mit einem solchen Gesetz würde eine zentrale Forderung der CIR, für die wir gemeinsam mit unseren Partner\*innen in Mittelamerika seit über 25 Jahren eintreten, endlich Wirklichkeit. Die Verabschiedung des Gesetzes könnte einen Paradigmenwechsel in der Berliner Politik einläuten: Die Einhaltung von Menschen- und Umweltrechten bei der Herstellung unserer Konsumgüter wäre nicht mehr freiwillig, sondern verbindlich.

Zu den im BMZ-Entwurf genannten verpflichtenden Maßnahmen für Unternehmen gehört eine Abschätzung der menschen- und umweltrechtlichen Risiken in der Lieferkette, sowie eine Reduktion derselben, die Einrichtung einer Beschwerdestelle für die Arbeiter\*innen und Anwohner\*innen sowie die Ernennung eines Beauftragten für Menschenrechte. Außerdem müssen die Unternehmen im Falle von Rechtsverstößen eine Entschädigung und Wiedergutmachung der Betroffenen vornehmen. Den Verantwortlichen in den Unternehmen, die diesen Verpflichtungen nicht nachkommen, droht, je nach Schwere und Art des Verstoßes, ein Ordnungswidrigkeits-Verfahren, ein Strafverfahren mit Freiheits- und Geldstrafen und/oder zivilrechtliche Konsequenzen.

## Gleiches Recht für alle

Dass die Regelungen „Unsinn“ seien, wie Arbeitgeber-Präsident Ingo Kramer Anfang April der „Rheinischen Post“ mitteilte, weil „die Unternehmen für etwas haften, das sie persönlich in unserer globalisierten Welt gar nicht beeinflussen können“, entspricht nicht der Realität: Sicherheit und Qualität der Produkte, exakte Lieferzeiten, Ausfall- und Entschädigungsklauseln – für all das können Unternehmen überall auf der Welt Sorge tragen. Für Menschenrechte nicht? Sicher ist, das Gesetz verlangt nichts Unmögliches, sondern schließt lediglich die durch die globalisierte Produktion entstandenen rechtlichen Lücken. Unternehmen würden auch nicht pauschal für jede Menschenrechtsverletzung haften, die in Zulieferbetrieben passiert. Sie haften dann, wenn sie nachweislich fahrlässig oder bewusst ihre Sorgfalt missachtet haben. Der fortwährende Versuch der Industrie,

die Verantwortung für die Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten an „die Produktionsländer“ abzuschieben, ignoriert die tatsächlichen Machtverhältnisse und die begrenzten Möglichkeiten und Spielräume finanzschwacher Staaten: Wesentlicher Grund für die Produktion dort sind ja genau die dortigen schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigen Umweltstandards. Solange diejenigen Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil haben, die so billig wie möglich produzieren, wird jede Form der freiwilligen Unternehmensverantwortung in dem Moment zur Makulatur, in dem es ums Geld geht.

Bemerkt sei außerdem, dass ein Lieferkettengesetz weder aus dem Nichts kommt, noch den Unternehmen etwas aufbürdet, was international zu Benachteiligungen führt. Der Gesetzesentwurf konkretisiert lediglich das, was die Vereinten Nationen schon 2011 in ihren **UN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte** formuliert und

den einzelnen Nationalstaaten zur rechtlichen Konkretisierung und angemessenen Umsetzung aufgetragen haben. Doch anders als Frankreich und England blieb die deutsche Regierung bei ihrem wirtschaftsfreundlichen „Alles kann, Nichts muss“-Kurs.

Sie verabschiedete anstatt eines Gesetzes 2016 den **Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP)**. In diesem fordert die Bundesregierung alle Unternehmen auf, sich zu Menschenrechten zu bekennen und freiwillig Maßnahmen zum Schutz derselben in die Wege zu leiten. Eine Befragung von 500 Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeiter\*innen sollte bis 2020 klären, ob die im NAP benannten Maßnahmen von mind. 50% der Unternehmen um-



gesetzt werden. Eine lasche Politik, die der jetzigen Bundesregierung sogar bereits eine Rüge des UN- Sozialausschusses bescherte. Wohl selbst nicht ganz von ihrem Konzept überzeugt, schrieben sich SPD und CDU 2018 daher in den Koalitionsvertrag, dass die Parteien „national gesetzlich tätig“ werden, sollte die Befragung ergeben, dass die freiwilligen Maßnahmen nicht ausreichen.

## Das Gesetzes-Leak: Ein Versehen?

Doch zurück zu Müllers undichter Stelle: Warum kommt ein derart weitgehender Gesetzesentwurf ausgerechnet aus einem CSU- Ministerium? Und warum jetzt? War die Veröffentlichung wirklich ein Versehen? Die Vermutung liegt nahe, dass das BMZ mit seinem Textilbündnis die Grenzen der (Frei)

Willigkeit zur Genüge erfahren hat und sich daher bereits frühzeitig an einen Gesetzesentwurf setzte. Minister Müller wäre damit einer der wenigen Vertreter seiner Fraktion, die ein ehrliches Interesse daran zeigen, die Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Süden endlich einzudämmen.

Oder aber das Leak war als Warnschuss an die Unternehmen lanciert, um sie zu motivieren, dem freiwilligen NAP nachzukommen, und damit letztlich gesetzliche Verpflichtungen zu vermeiden.

## Wie weiter?

Minister Müller ist allein nicht in der Position, ein solches Gesetz auf den Weg zu bringen. Auch die SPD ist gefragt. Vor allem Arbeitsminister Hubertus Heil sollte sich das Gesetz zu Eigen machen. Er hat auf einer Konferenz

## Verbindliche Unternehmensverantwortung im Überblick

*In den letzten Jahren wächst die Erkenntnis, dass unverbindliche Regelungen zur Unternehmensverantwortung nicht ausreichen. Die im Jahr 2011 durch den UN-Menschenrechtsrat einstimmig verabschiedeten Guiding Principles on Business and Human Rights gelten international als wichtiger Referenzrahmen für die menschenrechtliche Verantwortung sowie Verpflichtungen von Unternehmen. Die Verabschiedung dieser Leitprinzipien stieß eine zunehmende Verankerung auf nationaler Ebene an: In Großbritannien sind Konzerne seit 2015 per Gesetz verpflichtet, Zwangs- und Kinderarbeit in ihrer gesamten Produktionskette auszuschließen. In Frankreich gibt es seit 2017 ein umfangreiches Unternehmenshaftungsgesetz.*



UN Leitprinzipien  
für Wirtschaft und  
Menschenrechte

2011

UK Modern  
Slavery Act



2015

Unternehmens-  
haftungsgesetz:

Loi relative  
au devoir  
de vigilance

2017

INTERNATIONAL

GROSSBRITANNIEN

FRANKREICH

kurz nach der Veröffentlichung des Entwurfes zurückhaltende Zustimmung geäußert. Konsens in den meisten Regierungskreisen ist derzeit jedoch, dass das NAP Monitoring, sprich die Befragung der Unternehmen, abgewartet werden soll: Es soll nur dann ein Gesetz auf den Weg gebracht werden, wenn weniger als 50 % der Unternehmen mit über 500 Mitarbeiter\*innen der Selbstverpflichtung im NAP nachgekommen sind.

## Krimi im Kanzleramt

Eben diese Befragung wird gerade vom Auswärtigen Amt entwickelt. Kanzleramt und Wirtschaftsministerium versuchen nach Kräften, sie zu verwässern. Die Einflussnahme geht so weit, dass sogar das mit der Umfrage beauftragte Consultingunternehmen Ernst&Young Bedenken an der Validität einer



Kämpferisch vor dem Hauptsitz des UN Menschenrechtsrates in Genf. Hier wurden 2011 die Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte verabschiedet.

solchen Befragung äußerte und sich vorbehält, noch abzuspringen.

## Menschenrechte sind unteilbar

Wie auch immer der Befragungs-Krimi ausgeht: Wir als CIR fordern mit Nachdruck, dass es unabhängig vom Ergebnis der NAP-Befragung ein Gesetz geben muss! Menschenrechte sind unteilbar und die immer wieder bemühte „Freiwilligkeit“ hat längst ausgedient. 50 % sind 50 % zu wenig, so oder so. Ein Gesetz für alle ist das Mindeste. ■

*In der Schweiz existiert ein Gesetzesvorschlag zur Konzernverantwortung, der bereits vom Ständerat beraten wurde (siehe S. 13). In Finnland fordert eine breit angelegte Kampagne seit Ende 2018 ein Gesetz zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten. In Deutschland wurde 2016 der NAP verabschiedet, der zwar deutliche Erwartungen an die Wirtschaft formuliert und einen Implementierungsprozess anstößt, jedoch nur auf freiwilligen Selbstverpflichtungen der Unternehmen beruht. Mit dem Gesetzes-Leak aus dem BMZ wird 2019 deutlich, dass sich auch die deutsche Regierung ernsthaft mit der Option eines Gesetzes auseinandersetzt.*

Veröffentlichung des BMZ-Gesetzesentwurfs zur unternehmerischen Sorgfaltspflicht



2019

Beginn der Überprüfung des NAP durch die Bundesregierung

Gesetz zur Abschaffung ausbeuterischer Kinderarbeit:

Wet zorgplicht kinderarbeid

2019



Geplante Veröffentlichung der Ergebnisse des NAP-Monitorings

2020

DEUTSCHLAND

NIEDERLANDE

DEUTSCHLAND



### Dr. Gerd Müller, Bundesentwicklungsminister (CSU)

„Unternehmen müssen sicherstellen, dass in Lieferketten Menschenrechte eingehalten werden. Viele gehen bereits freiwillig voran. Beim Thema „Textil“ engagiert sich die Hälfte der Branche. Das heißt aber auch: Die andere Hälfte zieht nicht mit und engagiert sich nicht für diese Standards. Viele sagen: „Wir können die Bedingungen in unseren Produktionsstätten nicht kontrollieren“. Das lasse ich nicht mehr gelten. Selbst kleine Start-ups schaffen das. Gerade im Zeitalter der Digitalisierung.“

MINISTER MÜLLER IN SEINER REDE BEIM ZUKUNFTSFORUM AM 20.02.2018

# AUF STIMMENFANG

Aussagen von Unterstützer\*innen und Gegner\*innen verbindlicher Unternehmensverantwortung aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Kirche



### Ingo Kramer, Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA)

„Hier wird eine faktische Unmöglichkeit von den Unternehmern verlangt: Sie sollen persönlich für etwas haften, das sie persönlich in unserer globalisierten Welt gar

nicht beeinflussen können.“

„Da, wo ich als Unternehmer persönlich Einfluss etwa auf die Produktion in meiner Fabrik im Ausland habe, fühle ich mich selbstverständlich verpflichtet, nach unseren sozialen und ökologischen Standards arbeiten zu lassen. Aber nicht dort, wo ich das gar nicht beeinflussen kann oder als Mittelständler noch nicht einmal überblicken kann. Das ist absurd. Ich hoffe, dass die Bundesregierung von diesem Unsinn absieht.“

KRAMER IM INTERVIEW MIT DER „RHEINISCHEN POST“ AM 08.04.2019



### Frank Schwabe, menschenrechtspolitischer Sprecher, SPD-Fraktion

„Die Äußerungen des Präsidenten der Bundesvereinigung

der Arbeitgeberverbände (BDA), Ingo Kramer, der die Achtung der Menschenrechte als ‚Unsinn‘ abtut, zeigen, wie es um Bedeutung von Selbstverpflichtungen der Wirtschaft oder Regelungen auf freiwilliger Basis bestellt ist. Notwendig sind jetzt klare gesetzliche Regelungen, die Unternehmen zur Kontrolle ihrer Lieferketten verpflichten und etwa strikte Arbeitsschutzbestimmungen vorschreiben.“

SCHWABE IN EINER PRESSEMITTEILUNG VOM 09.04.2019



### Hubertus Heil, Bundesarbeitsminister (SPD)

„Ich bin überzeugt davon, dass diejenigen, die ausschließlich durch ein nationales Gesetz alle Herausforderungen in den Lieferketten meistern wollen, zu kurz greifen. Aber auch diejenigen, die klare Standards und einen nachvollziehbaren rechtlichen Rahmen für das Ende unseres wirtschaftlichen Erfolges halten, haben die Bedeutung des Themas nicht erkannt – und auch nicht die Bedürfnisse der Unternehmen, die bereits aktiv sind. Jenseits solcher Schwarzweiß-Malerei muss es doch vielmehr um eins gehen: Wir brauchen Spielregeln für globales Wirtschaften, die einerseits politisch ambitioniert, andererseits aber auch machbar für die Unternehmen sind.“

MINISTER HEIL IN SEINER REDE BEIM ZUKUNFTSFORUM AM 20.02.2019

FOTOS: MICHAEL GOTTSCHALK/PHOTOTHEK.NET; CHRISTIAN KRUPPA; PRESSEFOTO FRANK-SCHWABE.DE; SUSI KNOLL; TIM KUSCHNERUS; SUSI KNOLL



### CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung

„Alle Unternehmen müssen die menschenrechtlichen Risiken ihrer Geschäftsbeziehungen identifizieren und angemessene Maßnahmen ergreifen, damit sie behoben werden. Zudem sind Haftung und Sanktionen im Falle der Nichteinhaltung durch Unternehmen zentral, damit das Gesetz wirkt. Neben dem Ausschluss von öffentlicher Auftragsvergabe müssen Unternehmen auch von der Außenwirtschaftsförderung ausgeschlossen werden, wenn sie ihre Pflichten nicht erfüllen. Auch müssen die Unternehmen verpflichtet werden, über ihre Risikoanalysen und Abhilfemaßnahmen öffentlich zu berichten, wie es die 2011 vom UN-Menschenrechtsrat angenommenen Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte vorsehen.“

AUS EINER PRESSEMITTEILUNG  
VOM 12.02.2019



### Bärbel Kofler, Menschenrechts- beauftragte der Bundesregierung (SPD)

„Das Zeitalter der Freiwilligkeit hat ein Ende. Wenn 100 Prozent der deutschen Unternehmen ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht gerecht würden, dann bräuchten wir kein Gesetz. Ansonsten besteht eine Schutzlücke, die wir schließen müssen.“  
KOFLER IN „FRANKFURTER RUNDSCHAU“  
AM 03.04.2019

## DAIMLER

### Autohersteller Daimler

„Für die Umsetzung unserer Nachhaltigkeits-Anforderungen entlang der Lieferkette könnte Regulierung hilfreich sein, um einheitlich akzeptierte Standards zu schaffen.“

DAIMLER-SPRECHERIN AUF ANFRAGE DER  
„RHEINISCHEN POST“ AM 10.04.2019



### Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung

„Die GKKE spricht sich dafür aus, die Diskussio-

nen über die Frage, wie menschenrechtliche Sorgfaltspflichten im deutschen Recht verankert werden können, jetzt und auf der Grundlage des BMZ-Gutachtens zu intensivieren und nicht erst das Ergebnis des NAP-Monitorings im Jahr 2020 abzuwarten. Insofern begrüßt die GKKE, dass sich auch Bundesarbeitsminister Hubertus Heil für eine gesetzliche Regelung ausgesprochen und angekündigt hat, das Thema Menschenrechtsstandards in Lieferketten zu einem Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2020 zu machen. Um diesen Schwerpunkt sinnvoll setzen zu können, müssen wir die Debatte über mehr Verbindlichkeit beim Schutz von Menschenrechten in Lieferketten hier und heute führen. Unser Lebensstil darf nicht weiter auf Ausbeutung von Mensch und Natur aufbauen.“

PRÄLAT DR. MARTIN DUTZMANN UND PRÄLAT  
DR. KARL JÜSTEN IN STELLUNGNAHME VOM 28.02.2019

### Textildiscounter Kik



„Es wäre eine konsequente und richtige Entscheidung, wenn die Bundesregierung den immer deutlicher werdenden Grenzen der Freiwilligkeit mit einer Gesetzesinitiative begegnen würde. Auch die Perspektive einer Lösung auf EU-Ebene ist angesichts eines einheitlichen europäischen Binnenmarkts sinnvoll. So oder so ist der NAP sowie der Prozess, den er angestoßen hat, der richtige Weg zum Schutz der Menschenrechte entlang der globalen Wertschöpfungs- und Lieferkette.“

AUSZUG AUS UNTERNEHMENSWEBSEITE  
[www.kik.de/unternehmen/kik\\_presse/der-nationale-aktionsplan-wirtschaft-und-menschenrechte-fuer-faire-lieferketten-im-internationalen-handel/](http://www.kik.de/unternehmen/kik_presse/der-nationale-aktionsplan-wirtschaft-und-menschenrechte-fuer-faire-lieferketten-im-internationalen-handel/)  
(abgerufen am 07.05.2019)

# „Ein guter Anfang“

Der salvadorianische Arbeitsrechtsexperte Sergio Chávez kennt die Weltmarktfabriken Mittelamerikas wie kein zweiter. Seit Jahrzehnten engagiert er sich für die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der hiesigen Exportindustrie, insbesondere im Textilsektor. Das in Deutschland diskutierte Lieferkettengesetz ist für Sergio „ein guter Anfang“. Im Interview zeigt er auf, welche Maßnahmen vor Ort zusätzlich nötig sind.

INTERVIEW UND ÜBERSETZUNG:  
CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)



**Bezugnehmend auf den in Deutschland veröffentlichten Gesetzesentwurf vertritt der Präsident des Bundesverbands der Arbeitgeberverbände (BDA) vor kurzem öffentlich die Position, dass die Unternehmen mit Sitz in Deutschland gar nicht in der Lage seien, die Produktionsweisen in einer globalisierten Welt zu beeinflussen. Wie stehst Du zu dieser Aussage?**

” Mich überrascht es, dass der Vertreter eines Arbeitgeberverbandes so offen zugibt, dass die Unternehmen ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nicht nachkommen. Die Unternehmen

wissen also, dass bei ihrer Produktion Menschenrechte verletzt werden. Andererseits ist es interessant, dass die Möglichkeit diskutiert wird, ein Gesetz zur verbindlichen Unternehmensverantwortung einzuführen. Das ist ein guter Anfang.

Meiner Meinung nach können insbesondere große Markenunternehmen sehr wohl eine wichtige Rolle spielen, damit die Rechte der Arbeiter\*innen in den Fabriken eingehalten werden. Es wurden schon kleine Fortschritte erzielt. Aber die ganze Produktionsweise zu ändern, ist eine andere Sache. Das Modell der Weltmarktfabriken basiert auf intensiver Ar-

beit in ermüdenden Schichten in Ländern mit billigen Arbeitskräften im Überfluss.

**Viele Markenunternehmen führen sogenannte Sozialaudits in den Produktionsbetrieben durch, um die Einhaltung von Menschenrechten sicherzustellen. Mit Deiner jahrelangen Erfahrung im Textilsektor, was hältst Du von diesen Kontrollen?**

Die Abteilungen für Unternehmensverantwortung der Marken sind oft sehr klein und haben ein sehr begrenztes Budget, wobei die Sozialaudits nur ein Teil ihrer Arbeit sind. Diese Abteilungen haben keinen wirklichen Einfluss auf die Konzerne, was die Produktion angeht. Sie können fast nichts machen, wenn der Konzern entscheidet, die Produktion in eine andere Fabrik zu verlegen. Wie sollen ein paar Personen eines riesigen Unternehmens ihrer Verantwortung nachkommen, die Fabriken auf mehreren Kontinenten und in zig verschiedenen Ländern zu überwachen?

Die Einhaltung der Arbeitsrechte muss durch die Arbeitsministerien der Länder garantiert werden. Die Markenunternehmen sollten von sich aus auf die Arbeitsministerien zugehen. Das gilt vor allem für die Marken, welche die Fabriken, in denen sie produzieren lassen, nicht selbst besitzen. Außerdem

sollten sie innerhalb ihres Produktionssektors in den Dialog mit anderen Fabrikbesitzer\*innen und den Unternehmenskammern treten. Es müsste zudem einen horizontalen und institutionalisierten Dialog mit den Gewerkschaften geben.

**Welche Rolle sollte den Arbeiter\*innen bei all diesen Unternehmensmaßnahmen zukommen?**

Die Arbeiter\*innen sollten eine zentrale Rolle spielen, schließlich sind sie es, die von den hohen Produktionszielen, den langen Schichten und den niedrigen Löhnen betroffen sind. Die Frauenorganisationen spielen z.B. im Zusammenhang mit dem Textilsektor in Mittelamerika eine wichtige Rolle. Sie haben Erfolge erzielt, wie etwa den Erhalt der Anstellung während des Mutterschutzes oder die Einrichtung von Kindertagesstätten. Außerdem haben sie erreicht, dass Unternehmen vor der Einstellung keine Schwangerschaftstest mehr verlangen dürfen. Es wäre wünschenswert, dass Frauenorganisationen im Kampf für die Einhaltung der Menschenrechte eine noch größere Rolle spielen. Denn auch wenn zunehmend mehr Männer in den Fabriken angestellt werden, stellen Frauen dort immer noch die Mehrheit dar. ■ 

## Arbeitsrechte erkämpfen

In El Salvador kämpfen zahlreiche Organisationen für das, was von vielen internationalen Unternehmen zu wenig Beachtung findet: die Einhaltung der Arbeitsrechte. Frauenorganisationen, Gewerkschaften und Arbeitsrechtsorganisationen machen Missstände publik, unterstützen Arbeiter\*innen, deren Rechte verletzt wurden, gegenüber dem Arbeitgebenden oder vor Gericht und organisieren internationale Solidarität. Die CIR will sie auch zukünftig bei diesen Aufgaben unterstützen.

Deswegen bitten wir um Ihre Spenden.

Stichwort «ARBEITSRECHTE EL SALVADOR»

# DIE TRAGÖDIE VON BRUMADINHO

*Arbeits- und Umweltrechtsverletzungen brasilianischer und internationaler Unternehmen aufzudecken, ist erklärtes Ziel der investigativen Journalist\*innen unserer Partnerorganisation Repórter Brasil. MARCEL GOMES erläutert die Bedeutung verbindlicher Unternehmensverantwortung vor dem Hintergrund des katastrophalen Staudammbruchs in Brumadinho.*

**D**er Bruch eines Staudamms des brasilianischen Bergbauunternehmens Vale in der Stadt Brumadinho in Minas Gerais tötete im Januar dieses Jahres 233 Menschen. 37 Menschen werden noch vermisst. Sie wurden ohne jegliche Vorwarnung von der gigantischen Welle giftigen Schlammes getroffen. Vale ist der weltweit größte Eisenerzexporteur und verkauft seine Produkte in alle Kontinente. Deutschland hat 2018 ca. 17,8 Millionen Tonnen Eisenerz und -konzentrate im Wert von über 1,2 Milliarden Euro aus Brasilien importiert<sup>1</sup>. Zu den Kunden von Vale zählt u. a. Thyssenkrupp.

Der Dammbruch hat ganze Familien zerstört; Schäden an Umwelt und Wirtschaft werden noch ermittelt und berechnet. Der Schlamm bedeckte insgesamt 290 Hektar, was 70 % der Wälder ausmacht. Seine Rückstände verschmutzen nach wie vor den Fluss Paraopeba. Landwirtschaft und Wasserentnahme für die öffentliche Versorgung wurden behindert. Brumadinho, eine relativ reiche Stadt, befindet sich aufgrund der Aussetzung des Bergbaus und der Auswirkungen auf den Tourismus in einer Haushaltskrise.

## Freiwilligkeit hat Grenzen

Zusätzlich zu der Verantwortung von Vale hat der Fall die Debatte über die Rolle wiederbelebt, die Lieferant\*innen und Kund\*innen des Unternehmens erfüllen müssen, um sol-

che Tragödien zu verhindern. In Brasilien gibt es unzählige Fälle von Unternehmen, die trotz akuter Rechtsverletzungen Zertifizierungen und Bescheinigungen über gute Praktiken erhielten. Vale ist nur einer davon. Der deutsche TÜV Süd hat 2018 im Auftrag von Vale Berichte über die Sicherheit des Staudamms ausgestellt. Ermittler gehen von Betrug aus. Aufgedeckte Kommunikation lässt darauf schließen, dass der TÜV Süd positive Berichte im Austausch für weitere Aufträge mit dem Bergbauunternehmen erstellt hat. Die Grenzen freiwilliger Unternehmensverantwortung werden immer deutlicher. Das zeigt der Staudammbruch auf tragische Weise!

Es muss daher gefeiert werden, dass immer mehr Länder die Bedeutung der verbindlichen Überwachung von Lieferketten erkennen. Einige Länder haben dazu bereits Gesetze verabschiedet. Im Falle von Deutschland wird aktuell ein Lieferkettengesetz erörtert.

In der heutigen Weltwirtschaft kann eine einzige Ware aus Komponenten bestehen, die in unterschiedlichsten Ländern gefertigt wurden. Das zwingt den Gesetzgeber dazu, einen Überblick über die gesamte Lieferkette zu haben, nicht nur über einzelne Unternehmen. Verhaltenskodizes, Audits und Zertifizierungen sind Instrumente für eine nachhaltige Entwicklung, können jedoch nicht eine staatliche Regulierung ersetzen. ■

1) Destatis Genesis, Statistisches Bundesamt

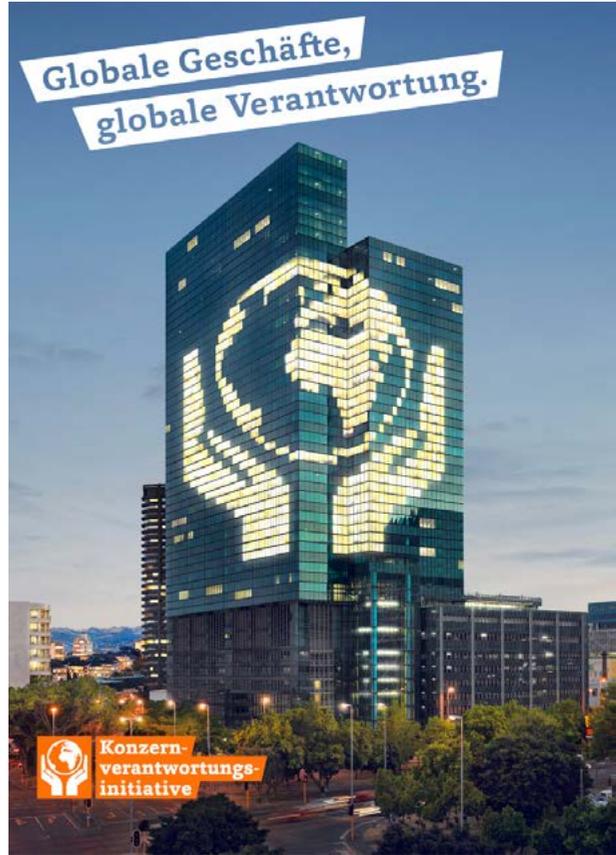
# „Wer einen Schaden anrichtet, soll dafür gerade stehen“

*In der Schweizer Zivilgesellschaft ist der Ruf nach verbindlicher Unternehmenshaftung laut: 2016 gründete sich dort die „Konzernverantwortungsinitiative“. Welche Erfolgchancen hat die zivilgesellschaftliche Initiative und kann sie wegweisend für den Prozess in Deutschland sein? Daniel Hitzig von der developmentpolitischen Denkfabrik Alliance Sud, Mitglied der Konzernverantwortungsinitiative, beantwortet unsere Fragen.*

INTERVIEW: JOANA EINK (CIR)

## Wie kam es zur Gründung der Konzernverantwortungsinitiative?

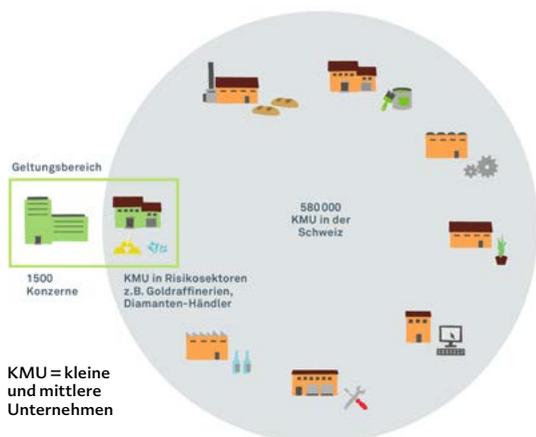
Die Geschichte der Initiative, die heute von einem beispiellos breiten Verein aus 114 Schweizer NGOs getragen wird, reicht ins Jahr 2011 zurück. Im Juni 2011 verabschiedete der UNO-Menschenrechtsrat in Genf die Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Darauf Bezug nehmend lancierten im November 2011 rund 50 Organisationen die Petition «Recht ohne Grenzen» mit der Forderung nach einem Gesetz, das Firmen, die ihren Sitz in der Schweiz haben, verpflichtet, überall in der Welt die Menschenrechte und Umweltstandards zu respektieren. Andererseits sollten



die Hürden abgebaut werden, die verhindern, dass Opfer in der Schweiz auf Schadenersatz (Wiedergutmachung) klagen können.

Parallel zur Petition gab es eine Reihe parlamentarischer Vorstösse, um das Thema auf die politische Agenda zu setzen. Doch eine Mehrheit von Bundesrat (Regierung) und Parlament beharrte darauf, dass die Wirtschaft die Menschenrechte weiterhin auf freiwilliger Basis einhalten solle. Darauf entschied die Koalition «Recht ohne Grenzen» 2015 die Lancierung einer Volksinitiative, die ihre Anliegen in der Schweizer Verfassung verankern sollte. Mit 120.000 gültigen Unterschriften wurde im Oktober 2016 die Konzernverantwortungsinitiative eingereicht. >

## Geltungsbereich der Initiative



### Auf den Punkt gebracht – was genau ist das Ziel der Initiative?

Heute versucht Glencore Flüsse im Kongo oder vergiftet die Luft in Sambia. Der Basler Konzern Syngenta verkauft tödliche Pestizide, die bei uns schon lange verboten sind. Wir wollen, dass Konzerne mit Sitz in der Schweiz Menschenrechte und Umweltstandards weltweit respektieren. Tun sie das nicht, sollen sie für angerichtete Schäden vor einem Schweizer Gericht gerade stehen.

### Bevor die Stimmberechtigten über eine Initiative befinden können, äussern sich Regierung und Parlament dazu.

#### Wie lief dieser Prozess?

Der Bundesrat empfahl die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Der Nationalrat (die grosse Kammer, Volksvertretung) formulierte dagegen im Sommer 2018 einen sogenannten indirekten Gegenvorschlag (Gesetzebene), der auch bei bürgerlichen Parlamentarier\*innen breite Zustimmung fand. Die Initiant\*innen erklärten sich darauf bereit, ihre Initiative zurückzuziehen, vorausgesetzt dass auch der Ständerat (die kleine Kammer, Kantonsvertretung) diesem Gesetzesvorschlag zustimmen würde. Im Vorfeld der Abstimmung im Ständerat im Frühling 2019 zogen die beiden wichtigsten Lobbyverbände der Wirtschaft – *economiesuisse* bzw. *Swissholdings* – allerdings ein unglaub-

liches Powerplay auf, das auch vor Fake News und groben Verdrehungen der Tatsachen nicht zurückschreckte – obwohl sich gewichtige Unternehmen für den Gegenvorschlag aussprachen. Mit hauchdünner 22:20-Mehrheit entschied der Ständerat auf Nichteintreten, das heisst: Gar keine materielle Diskussion, kein Gegenvorschlag, das Geschäft geht zurück an den Nationalrat.

### Und wie geht es jetzt weiter?

Beharrt der Nationalrat in der ersten Juniwoche 2019 auf seinem Vorschlag, ist im September wieder der Ständerat an der Reihe. Bewegt sich der erneut nicht, kommt es zur Volksabstimmung. Hinter den Kulissen wird also weiter lobbyiert. Die Wahrscheinlichkeit, dass es tatsächlich zur Volksabstimmung kommt, ist stark gestiegen. Der frühestmögliche Termin dafür ist der Februar 2020.

### Wie schätzen Sie die Erfolgchancen der Initiative an der Urne ein?

Volksabstimmungen haben in der Schweiz grundsätzlich einen schweren Stand, es braucht nicht nur die Mehrheit der Stimmentenden, sondern auch eine Mehrheit der Kantone. Ein Erfolg der Konzernverantwortungsinitiative an der Urne ist deshalb alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Aber es steht mit vielen Erfolgsbedingungen zurzeit gut: In Umfragen genießt die Initiative viel Unterstützung, bisher haben sich bereits 60 Unterstützungskomitees auf kommunaler Ebene gegründet, und auch sonst ist ein sehr hohes Engagement in der Bevölkerung zu spüren.

Während die Interessensverbände versuchen, jeglichen Kompromiss wie einen Gegenvorschlag zu sabotieren, droht den schwarzen Schafen unter den Konzernen eine harte Kampagne. Wir Initiant\*innen bereiten zurzeit eine Abstimmungskampagne vor, die darauf fokussiert, Menschenrechtsverletzun-

gen durch uneinsichtige Konzerne sichtbar zu machen.

Es gilt, Unentschlossene zu überzeugen, dass die Initiative eigentlich Selbstverständliches verlangt: Wer einen Schaden anrichtet, der soll auch dafür gerade stehen!

**In Deutschland wurde kürzlich ein Gesetzesentwurf des BMZ bezüglich nachhaltiger Lieferketten deutscher Unternehmen bekannt. Wirtschaftsverbände und das Wirtschaftsministerium protestieren, selbst das Kanzleramt agiert gegen den Entwurf. Wie beurteilen Sie diesen Prozess?**

Ich sehe durchaus Parallelen zur Schweiz. Auf Expert\*innenebene gibt es einen Konsens, dass es in einer globalisierten Wirtschaft mit weitverzweigten Wertschöpfungsketten verbindliche Regeln braucht. Dies nicht zuletzt zum Schutz jener Unternehmen, die verantwortungsvoll handeln. Es kann ja nicht sein, dass jene Nachteile im Wettbewerb haben, die Menschenrechte und Umweltstandards einhalten. Der massive Widerstand der Wirtschaftslobbys in Deutschland und der Schweiz zeigt nur, dass es offenbar immer

noch üblich ist, kurzfristige Profitinteressen über das Wohlergehen von Menschen zu stellen. Umso mehr, wenn diese weit entfernt von uns leben.

**Was würden Sie der Zivilgesellschaft in Deutschland raten?**

Das maße ich mir aus der Distanz nicht an. Persönlich finde ich es wichtig, dass die zivilgesellschaftlichen Kräfte grenzüberschreitend zusammenarbeiten, Erfahrungen und Strategien austauschen. Und den Druck hoch halten, dass die Frage nach der Verantwortung von Wirtschaftsunternehmen überall auf der Agenda bleibt. Speziell wichtig erscheint mir dabei der Einbezug von NGO-Aktivist\*innen aus jenen Ländern, die vielmehr als wir und ganz direkt erfahren, was es heißt, wenn Menschenrechte und Umweltstandards mit Füßen getreten werden.



**Daniel Hitzig** ist Medienverantwortlicher bei Alliance Sud, der entwicklungspolitischen Denkfabrik von sechs großen schweizer Entwicklungsorganisationen. Alliance Sud ist im Komitee und im Vorstand der Konzernverantwortungsinitiative vertreten. [www.konzern-initiative.ch](http://www.konzern-initiative.ch)

## Freiwilligkeit: eine schöne Theorie

Unternehmen auf die Einhaltung ihrer freiwilligen Sozialstandards zu überprüfen, ist genau das Ziel, das Maritza Paredes mit ihrer 1998 gegründeten unabhängigen Monitoring-Organisation EMIH in Honduras verfolgt. Sie führt unabhängige Kontrollen in Export-Fabriken im Bereich Textilien und Agrarproduktion durch. Daher weiß sie nur zu gut, dass freiwillige unternehmerische Maßnahmen nur sehr begrenzt wirken: „Es muss darauf hingearbeitet werden, dass Unternehmen sich nicht länger aus der Verantwortung stehlen können.“ Besonders Frauen leiden unter der extremen Form von Erwerbsarbeit. EMIH hilft ihnen, sich zu organisieren und unterstützt Gewerkschaften mit Trainings für Verhandlungskompetenzen.



Maritza Paredes (links) mit Kirsten Clodius (CIR)

Bitte beteiligen Sie sich an diesem Engagement mit einer Spende!

Stichwort «EMIH»

### Honduras

# Ehe für alle!

Vor 15 Jahren stimmte die honduranische Nationalversammlung einstimmig für eine Verfassungsänderung, mit der die „Homo-Ehe“ explizit verboten wurde. Nach einem Gutachten über Gender-Identitäten, Gleichheit und Nichtdiskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren folgte 2017 das Urteil des Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte (CIDH), welches die Länder der Region nun auffordert, gleichgeschlechtliche Ehen einzuführen. Unsere Partnerorganisationen, das Lesbenkollektiv Las Catrachas und die Erneuerungsbewegung MDR, setzen sich seitdem aktiv für die Einführung eines solchen Gesetzes ein, müssen dafür aber zunächst an der Verfassung rütteln...!

Keine leichte Aufgabe in einem Land, in dem für konservative und religiöse Gruppen die gleichgeschlechtliche Ehe mehr als ein



Indyra Mendoza von Las Catrachas (rechts im Bild) reichte eine Verfassungsklage ein, unterstützt von Juristin Andrea Nuila (links im Bild).

rotes Tuch ist. Aber es gibt bereits einen ersten Erfolg. Indyra Mendoza reichte eine Verfassungsklage gegen die damalige Reform ein; dieser wurde stattgegeben!

**Jetzt ist wirkungsvolle Lobbyarbeit gefragt. Aber diese kostet Geld! Helfen Sie mit Ihrer Spende, die Ehe für alle in Honduras zu ermöglichen.**

Stichwort  
« EHE FÜR ALLE HONDURAS »

## Grundsätze unserer Projektarbeit

Mit Ihrer Spende kann die Christliche Initiative Romero e.V. Projektpartner\*innen unterstützen, die sich einsetzen für

- die Selbstbestimmung von Frauen
- die Achtung und Anerkennung arbeitender Kinder
- menschenwürdige Arbeitsbedingungen
- die Ökologie
- die politische Stärkung der Zivilgesellschaft
- die Achtung und Selbstbestimmung indigener Bevölkerung

## Guatemala

### Jetzt erst recht!

**D**er Sector de Mujeres ist ein aktives Frauen-Bündnis mit Frauengruppen in verschiedenen Teilen Guatemalas, das gegen den stark verwurzelten Machismo kämpft. Im Morgengrauen des 8. März wurde das Büro des Bündnisses überfallen. „Wir verfügen über sensible Informationen über sexuellen Mißbrauch von Frauen und scheuen uns nicht vor Anzeigen bei der Polizei“, erklärt Koordinatorin Tita Godinez den Hintergrund der Tat. Acht Computer wurden entwendet und das Büro völlig verwüstet.

Das Bündnis koordiniert Schulungen zum Empowerment, führt Seminare und Lobby-Arbeit zum Thema „Keine Gewalt gegen Frauen“ durch. 300 Frauen werden aktuell gefördert, ein Leben frei von Diskriminierung und Bedrohung zu führen.

**Nach dem Überfall auf unseren Partner bitten wir erst recht um Ihre Unterstützung.**



In Reflexionsworkshops hinterfragen Jugendliche ihre Vorstellungen von Partnerschaft und Sexualität.

## Nicaragua

### Wenn Kinder Mütter werden...

**N**icaragua hat die höchste Rate an Teenagerschwangerschaften in Lateinamerika. Gründe dafür sind nicht nur fehlende Aufklärung und Verhütungsmittel. Oft werden Mädchen in Nicaragua Opfer sexueller Gewalt in der Familie oder sie werden von ihren Partnern unter Druck gesetzt. Sexuell verfügbar zu sein, gilt als „Liebesbeweis“, auf den (jugendliche) Männer ein Recht zu haben glauben.

Die Kinderrechtsorganisation Club Infantil in Jinotega will dem etwas entgegensetzen. Öffentlichkeit, politische Entscheidungsträger\*innen, aber auch die Jugendlichen selbst sollen zum Umdenken angeregt werden — z.B. in Reflexionsworkshops für Jungen und Mädchen.

Die Kosten für einen ein-tägigen Workshop für 50 Teenager liegen bei 90 EUR.

**Für die Finanzierung dieser Arbeit bitten wir um Ihre Spende.**

Stichwort «FRAUENEMPOWERMENT  
GUATEMALA»

Stichwort  
« CLUB INFANTIL »

Unsere Projekte stehen für Wege zu mehr Gerechtigkeit, zukunftsfähiger Entwicklung und kultureller Vielfalt und Toleranz. Wenn nötig, leistet die CIR in Mittelamerika auch Notfall- und Katastrophenhilfe. Für Planung, Durchführung und korrekten Einsatz der Gelder sind wir gemeinsam mit unseren Projektpartner\*innen verantwortlich. Um ihnen langfristige Perspektiven geben zu können, sind wir auf Ihre Spenden ebenso angewiesen, wie auf Zuwendungen der Europäischen Union, des Weltgebetstags der Frauen, der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE), des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und des Katholischen Fonds, sowie auf Spenden aus Kirchen- und Pfarrgemeinden, Schulen und Eine-Welt-Läden.

IHRE  
SPENDE  
HILFT

SPENDENKONTO

Bitte unterstützen Sie unsere Projektpartner\*innen mit einer Spende.

**Darlehnskasse Münster**  
IBAN: DE67 4006 0265  
0003 1122 00  
BIC: GENODEM1DKM

Maik Pflaum (CIR) erhält von FUNDAHMER ein T-Shirt, das anlässlich der Heiligsprechung Romeros im Oktober 2018 verteilt wurde.



El Salvador

## Zwischen Zukunftsangst und mutigem Engagement

*Ende 2018 besuchte unser El Salvador-Referent Maik Pflaum das mittelamerikanische Land und führte zahlreiche Gespräche mit Projektpartner\*innen. Er nahm dabei sowohl einen oftmals bangen Blick in die Zukunft wahr, als auch einen beeindruckenden Mut und Antrieb, El Salvador lebenswert zu gestalten. TEXT: MAIK PFLAUM (CIR)*

**E**in großer Teil der Bevölkerung El Salvadors lebt in Armut. Nur wenige Kilometer abseits der Hauptstadt beginnen ländlich geprägte Gemeinden, in denen die Wasserversorgung unzureichend ist und Frauen die Wäsche in verschmutzten Gewässern waschen. Gleichzeitig wuchert die organisierte Gewalt wie ein Krebsgeschwür. Kriminelle Banden beherrschen die armen Vorstädte und rücken immer näher an die bisher noch nicht „infi-zierten“ Stadtteile ran. Ein Anstieg der Mieten in den sicheren Gegenden ist die Folge. Davon sind auch unsere Partnerorganisationen betroffen.

### Teure Sicherheit

Letztes Jahr teilte mir die Frauenorganisation Mujeres Transformando („Frauen, die verändern“) mit, dass sie in ihrem zwischen Hauptstadt und Flughafen gelegenen Büro in Santo Tomas nicht mehr bleiben können. Obwohl dort viele Näherinnen und Heimstickerinnen leben, mit denen sie arbeiten. Doch die Zunahme bewaffneter Zwischenfälle macht ein Bleiben unmöglich. Nur durch Zufall sei bisher niemand verletzt worden.

Der Frauenorganisation ORMUSA geht es ähnlich. Auch ihre Gegend in San Salvador, unweit der National-Universität, wo sie jahre-

lang ihr Büro hatten, wird zu gefährlich. Nun residieren sie im sichereren Escalón; bis vor wenigen Jahren noch eine Reichegend. Nachteil für die Angestellten: Mit dem Bus ist der Stadtteil schwer zu erreichen. Reiche fahren mit dem Auto. Doch für das Plus an Sicherheit nehmen die Mitarbeiter\*innen die längeren Wege in Kauf.

## Wer ist der neue Präsident?

Ein Hauptgrund für den bangen Blick in die Zukunft ist der bevorstehende Regierungswechsel. Im Juni 2019 wird Nayib Bukele das Präsidentenamt übernehmen und damit die zehnjährige Amtszeit der linken FMLN beenden. Bukele gewann auf dem Ticket der Partei GANA. Gewiss ist, dass mit Bukeles Sieg die Polarisierung zwischen den beiden ehemaligen Kriegsparteien – der linken FMLN, die aus der Guerilla hervorgegangen ist, und der ultra-rechten ARENA, deren Gründer der Auftraggeber des Mordes an Erzbischof Romero war – erst einmal ausgesetzt ist. Bukele ist jung, Jahrgang 1981, und reich. Er besitzt u.a. Yamaha Motors El Salvador. Er wirkt eitel und egozentrisch. Wo er politisch steht, weiß niemand so recht. Seine Partei GANA, die er jedoch nur als Steigbügelhalter für die Präsidentschaft benutzte, ist eine ARENA-Abspaltung. In ihren Reihen sammeln sich korrupte Politiker\*innen und Befürworter\*innen der Todesstrafe. Das verheerende Wahlergebnis der FMLN mit nur 14 Prozent spiegelt die unendliche Enttäuschung der Basis wider. Alte Kader und dogmatisches Lagerdenken haben die Linke in die Knie gezwungen. Nun hoffen alle auf einen Neuanfang. Armando Marquez, Spiritus Rector der Organisation der Basisgemeinden FUNDAHMER, formuliert es so: „Manchmal muss man am Boden liegen, um wieder aufstehen zu können.“

## Schlechte Aussichten

Die CIR-Partnerorganisation CRIPDES fürchtet, die neue rechte Regierung könne die Handlungsräume der Zivilgesellschaft weiter einschränken. Ganz konkret drohen die Privatisierung des Wassers und ein Aufheben des gesetzlichen Bergbau-Verbots. Auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer, welche die linke FMLN immer abgelehnt hat, steht im Raum. Die finanziell Schwächsten würde dies hart treffen. In El Salvador befindet sich das Geld in den Taschen Weniger. Aktuell erlebt etwa der von sieben Familien kontrollierte Zuckerrohranbau einen Boom. Die Anbaufläche hat



Der Kandidat der FMLN, Hugo Martínez, blieb bei den Präsidentschaftswahlen im Februar 2019 chancenlos.

sich innerhalb weniger Jahre verdoppelt. Allerdings auf Kosten der letzten Mangrovenwälder sowie des Grund- und Trinkwassers, das jetzt mit Glyphosat des Bayer-Konzerns kontaminiert wird.

## Spielräume nutzen

Die Probleme sind vielschichtig und der Staat fast pleite. Und trotzdem habe ich auf meiner Reise gesehen, dass es Spielräume gibt, die der Gesellschaft zugute kommen können. >

Unsere Partner\*innen nutzen diese engagiert. Ein Beispiel: Bisher fehlten der staatlichen Ombudsstelle (Procuraduría) Personalmittel, um ausstehende Zahlungen an Mitarbeiter\*innen bei Unternehmen einzufordern. Die Frauenrechtsorganisation ORMUSA hat deswegen drei Monate lang eine zusätzliche Person finanziert. Diese zog im Handumdrehen 15.000 Dollar an ausstehenden Zahlungen ein. Mittlerweile haben vier Personen eine halbe Million Dollar hereingeholt. Ihren Lohn zahlt jetzt die Procuraduría. Früher hätten die Arbeitnehmer\*innen dieses Geld verloren, weil sie sich eine individuelle Klage nicht leisten können. Ein anderes hoffnungbringendes Beispiel ist die Gewerkschaft FEASIES, langjähriger CIR-Partner. FEASIES ist mittlerweile in 25 Weltmarktfabriken vertreten, darunter der wichtigste Produzent von Nike. Vor kurzem gelang es FEASIES, landesweit einen 6-monatigen Kündigungsschutz für Mütter durchzusetzen, wenn diese nach dem Mutterschutz ihre Arbeit wiederaufnehmen wollten. Bis dato waren viele umgehend entlassen worden.

### Für die Gemeinschaft

Auch in der 90.000 Einwohner\*innen-Stadt Tonacatepeque, etwa zehn Kilometer nord-östlich der Hauptstadt, habe ich Menschen getroffen, die sich weigern, angesichts des politischen Klimas ihren Kopf in den Sand zu stecken. Im Gegenteil: Evelyn Ramírez lebt in einer Gemeinde mit den landesweit höchsten Gewalt- und Mordraten. Wenn man sie trifft, ist das kaum zu glauben. Die lebensfrohe Frau



betreibt dort mit fünf Kolleginnen die Schmuck-Kooperative Jaragua. Von dort bringe ich den Schmuck mit, der sich an unserem CIR-Stand auf den Kirchentagen so großer Beliebtheit erfreut. Mit dem Verkaufserlös bezahlt die Kooperative Materialien und Löhne. Obwohl die Frauen wenig Geld haben, nutzen sie einen Teil der Einnahmen für Gemeinschaftsprojekte. „Wenn ich nichts für die Gemeinschaft tun kann, bin ich unzufrie-

den“, sagt Evelyn dazu nur knapp. Sie vergeben Stipendien und tragen Gebühren für Schüler\*innen und Studierende, betreiben eine Bücherei und bieten therapeutische Kunstkurse zur Gewaltverarbeitung an. Evelyn selbst litt lange unter der massiven Gewalt ihres Mannes. Mittlerweile hat sie sich von ihm getrennt. Doch Evelyns größter Stolz ist ihre Tochter: Sie studiert Medizin. ■

### Ein lebenswertes El Salvador

Die CIR möchte weiterhin diejenigen unterstützen, die sich in El Salvador trotz der großen politischen und wirtschaftlichen Hürden gegen Gewalt und Ungerechtigkeit stemmen und für eine friedliche Gemeinschaft stehen.

Bitte unterstützen Sie uns dabei mit Ihrer Spende.

Stichwort  
«LEBENSWERTES EL SALVADOR»



Gerechtigkeit für die Angehörigen der Opfer des Bürgerkriegs - das ist das Ziel unserer Partnerorganisation CALDH, die auch ein Erinnerungszentrum gegründet hat.

## Guatemala

# Menschenrechte auf der Kippe?

Vier Jahre unter Präsident Jimmy Morales haben in Guatemala ihre Spuren hinterlassen. Im Gespräch mit CIR-Guatemala-Referent Albrecht Schwarzkopf bewertet Mario Minera, Mitarbeiter der CIR-Partnerorganisation CALDH, die Lage der Menschenrechte in seinem Land – kurz vor der anstehenden Präsidentschaftswahl im Juni. TEXT: ALBRECHT SCHWARZKOPF (CIR)

**M**ario Minera ist der Sprecher des Vorstands des Menschenrechtsbüros CALDH (Centro para la Acción Legal en Derechos Humanos) in Guatemala. Die ersten Begegnungen der CIR mit ihm fanden statt, als er noch im mexikanischen Exil lebte und dem ökumenischem Komitee für Gerechtigkeit und Frieden (Comité Justicia y Paz) nahe stand. Nach dem Friedensschluss zwischen

Guerilla und Regierung öffnete CALDH sein Büro in Guatemala, wo Mario Minera von Beginn an mitarbeitete. Zuletzt bis 2013 als Geschäftsführer. Der Friedensschluss bedeutete ein Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen und die Integration der Guerilla als Partei im politischen Leben. Aber die Hoffnungen auf eine soziale und ethnische Aussöhnung, wie in den Verträgen skizziert, >



Mario Minera, Sprecher des Menschenrechtsbüros CALDH, ist besorgt über die Entwicklungen in seinem Land.

erfüllten sich nicht, da die Bereitschaft für ein anderes Guatemala bei der einflussreichen Oligarchie gering war und nach wie vor gering ist. Abgesehen von den neoliberalen Überzeugungen zu jener Zeit, zog eine neue Gefahr in Guatemala auf: Das Drogengeschäft nahm an Fahrt auf und beeinflusste zunehmend auch das Rechtswesen.

## Für Opferfamilien des Bürgerkriegs

Für das Menschenrechtsbüro CALDH stehen Aufklärung und der Kampf um Gerechtigkeit für Opferfamilien des Bürgerkriegs von Beginn an im Vordergrund. Zusammen mit der Organisation AJR der Maya-Ixiles, trat CALDH als Nebenklägerin im Genozid-Prozess gegen den ehemaligen Putschist-Präsidenten General E. Rios Montt auf. „Bis heute ist dies ein Bestandteil unserer Arbeit, denn viele Verantwortliche damaliger Menschenrechtsverletzungen sind noch nicht zur Rechenschaft gezogen“, so Mario Minera. Gleichzeitig betont er: „In Guatemala gibt es nach wie vor große soziale Unterschiede, die Grundlage der hohen Konfliktivität sind, und deshalb eine zunehmende Herausforderung für eine ausreichende Achtung der Menschenrechte darstellen.“ Mario Minera, der bis vor kurzem mehrere Jahre im offiziellen Amt des Ombudsmanns für Menschenrechte gearbeitet hat, bedauert sehr, dass die aktuelle Regierung von Jimmy Morales den Vertrag mit der UNO für die gemeinsame UN-

Kommission gegen Straflosigkeit, CICIG, zum 3. September dieses Jahres gekündigt hat.

## Mangel an Rechtstaatlichkeit

„Wir haben einen Mangel an Rechtstaatlichkeit. Die CICIG mit ihrem Vorsitzenden Ivan Velasquez hat mitgeteilt, dass ihr Wirken zu 300 Verurteilungen hochrangiger Politiker\*innen und Geschäftsleute geführt hat, die in illegalen und geheimen Netzen Einfluss auf Regierung und Justiz genommen haben“, sagt Mario Minera. Die aktuelle Regierung sei mit der Ausweisung des CICIG-Vorsitzenden dem „Pakt der Korrupten“ gefolgt, der sich im Wesentlichen aus Parlamentsabgeordneten der Regierungspartei zusammensetzt. Der „Pakt der Korrupten“ und seine Hintermänner verfolgen mit ihren Gesetzesinitiativen nicht nur das Ziel der Straflosigkeit und der Haftentlassung bereits Verurteilter an sich, sondern die Kontrolle des Staates, wie der ehemalige Außenminister Edgar Gutierrez feststellt. Vor über einem Jahr wurde der neue Innenminister Enrique Degenhart ernannt, der seine Zeit seither nutzte, um verdiente und geschulte Mitarbeiter\*innen der Polizei zu entlassen. Dies führte zur Beeinträchtigung der Ergebnisse der Arbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft. Es sind verschiedene Bausteine, die das Netzwerk des „Pakt der Korrupten“ zusammenhalten: Kriminelle Aktionen werden gedeckt, weitere große Korruptionsnetzwerke geknüpft und schließlich Teile der öffentlichen Verwaltung kooptiert. Dies ist ein Angriff auf Menschenrechte und Demokratie.

## Kriminalisierung von Aktivist\*innen

Leider, so sagt Mario Minera, erlebe Guatemala eine Phase der Einschüchterung von Organisationen, die für Menschen- und Bürgerrechte eintrete. Über 20 Morde sind im letzten Jahr an Menschenrechtsaktivist\*innen

verübt worden. Dies unterstreicht die Notwendigkeit von Organisationen wie CALDH. CALDH begleitet aktuell in einem von der CIR unterstützten Projekt Menschen- und Umweltschutzaktivist\*innen bei Gerichtsprozessen, bei Koordinationstreffen auf kommunaler Ebene und bei öffentlichen Veranstaltungen. Die Aktivist\*innen werden darin geschult, welche Menschen- und Bürgerrechte ihnen zustehen, aber ebenso, wie sie sich in Konfliktlagen, auch zu ihrem eigenen Schutz, deeskalierend

verhalten können. Setzen sich Aktivist\*innen gegen den Verkauf ihres Territoriums an internationale Unternehmen des Goldabbaus oder der Palmöl-Gewinnung ein, droht ihnen häufig die Kriminalisierung.

## Menschenrechte zuerst

Bei den letzten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2015 wurde der aus TV-Comedy-Serien bekannte Komiker Jimmy Morales gewählt,

aus dem Bedürfnis heraus, jemanden an der Spitze zu haben, der von Korruptionswürfen frei ist. So verständlich dieses Bedürfnis seinerzeit war, wurde ausgeblendet, dass die FCN-Regierungspartei von Morales von Militär-Veteranen unterstützt wird. Später

wurde überdies nachgewiesen, dass die FCN nicht deklarierte Wahlkampfspenden in Höhe von 900.000 US-Dollar erhalten hatte.

Mario Minera ist nach vier verlorenen Jahren unter Präsident Morales besorgt darüber, dass bei den jetzt

stattfindenden Wahlen die Demokratie in Teilen dem Charakter einer Realityshow entspreche und es an Wahlalternativen fehle, die tatsächliche Veränderungen bewirken können. Das sei aber Grund und Motivation für CALDH, energisch an dem Prinzip der Verteidigung der Menschenrechte festzuhalten und ihm Gestalt zu geben. Denn die Einhaltung von Menschen- und Bürgerrechten ist der Grundpfeiler der Demokratie. ■



Unser Kampf endet nicht. Die Erinnerung lebt! Schriftzug an der Hauswand des Erinnerungszentrums von CALDH

## Verteidigung der Menschenrechte!

In Guatemala ist der Einsatz für Menschen- und Bürgerrechte gefährlich und endet nicht selten in Kriminalisierungen der Aktivist\*innen. Um Menschenrechtsverletzungen vorzubeugen und auch für kritische Situationen gewappnet zu sein, bildet das Menschenrechtsbüro CALDH Menschenrechtsverteidiger\*innen aus. Es handelt sich dabei um Aktivist\*innen, die für soziale und ökologische Belange in ihren Gemeinden eintreten. Ferner stellt CALDH den Aktivist\*innen Rechtsberatung zur Verfügung. In ländlichen Regionen arbeitet die Organisation mit den Maya aus Quiché, Sololá und Alta Verapaz zusammen.

Die CIR unterstützt CALDH im Rahmen eines mittelamerikanischen Regionalprogramms für Menschenrechtsverteidiger\*innen, in dem 80 Aktivist\*innen geschult werden.

**Bitte engagieren Sie sich mit einer Spende!**

**Stichwort «CALDH»**



Eine Demonstration für die Freilassung der politischen Gefangenen in Nicaragua. Die Situation der zahlreichen Inhaftierten war ständiges Thema auf der Nicaragua-Konferenz.

## Nicaragua

# Nicaragua und die Zukunft linker Politik

## Utopie und Verfall emanzipatorischer Gesellschaftsentwürfe

*Vor über einem Jahr, am 18. April 2018, begann in Nicaragua der Aufstand gegen die sandinistische Regierung, den das Präsidentenehepaar Ortega-Murillo blutig niederschlagen ließ. Vor 40 Jahren, am 19. Juli 1979, hatte die sandinistische Revolution über die langjährige Familien-Diktatur des Somoza-Clans gesiegt; Daniel Ortega übernahm mit der Sandinistischen Befreiungsfront FSLN die Macht. Zwei historische Daten und Anlass für eine Konferenz der Nicaragua-Solidaritätsbewegung, die unter dem oben genannten Titel vom 5. bis 7. April 2019 in Berlin stattfand – mit spannenden Diskussionen und neuen Perspektiven auf das Land. TEXT: THOMAS KRÄMER (CIR)*

**E**inige bekannte Namen, darunter auch CIR-Partner\*innen aus Nicaragua, waren auf den Podien und Panels vertreten: Vilma Núñez, Präsidentin der Menschenrechtsorganisation CENIDH, Mónica López Baltodano, Rechtsanwältin der Stiftung Popol Na, Francisca Ramírez, Anführerin der Bauernbewegung gegen den Kanalbau und María Teresa

Blandón, feministische Leiterin von La Corriente. Schnell stellte sich heraus, dass viele der Rednerinnen mit dem Begriff „links“ nicht viel anfangen konnten. Ja mehr noch, für sie steht „linke Politik“ nicht als Synonym für Freiheit und Gerechtigkeit, sondern für undemokratische Strukturen und Repression. Besonders die mittlerweile exilierte Stu-

dentenfürerin Yerling Aguilera hob hervor, dass für ihre jungen Mitstreiter\*innen sandinistische und linke Politik keinerlei fortschrittlich-emanzipatorischen Inhalt hat, sondern bestenfalls für Paternalismus, eher für Abwesenheit demokratischer Freiheiten und Unterdrückung steht. Francisca Ramírez ergänzte erschütternde persönliche Erfahrungen der letzten 40 Jahre: Die Politik der FSLN habe sich von Beginn an gegen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern gerichtet, und auf Widerspruch sei stets mit Repression geantwortet worden: Während der Agrarreform der 80'er Jahre bis zu den Vorbereitungen für den Bau des „Großen Interozeanischen Kanal“ seit 2014 (die mittlerweile ausgesetzt sind).

## Menschenrechte im Zentrum

Für Vilma Nuñez ergab schon die Fragestellung der Veranstaltung nach der „Zukunft linker Politik“ keinen Sinn. Es gehe doch in Nicaragua heute nicht um „links oder rechts“, sondern um die Positionierung „für oder gegen Menschenrechte“. Ob das links sei oder nicht, spiele für sie keine Rolle. Alle fortschrittlichen Kräfte sollten sich für das Ziel der Menschenrechte einsetzen – und keine Diskussionen über inhaltsentleerte politische Konzepte führen.

Zwar versuchte Raúl Zelik, Mitglied im Vorstand Die Linke, Deutschland, noch für die Aktualität linker Forderungen und Politik eine Lanze zu brechen, doch die Stimmung im Saal war klar: Zumindest für Nicaragua sind die Begriffe „sandinistisch“ und „links“ unbrauchbar für fortschrittliche Politik geworden. Die Themen soziale Gerechtigkeit, politische Partizipation und Menschenrechte sind zwar auch dort aktueller und dringlicher denn je, aber sie können nicht mehr mit den alten Konzepten und Begriffen verknüpft werden.

Eher Sprachlosigkeit herrschte jedoch bei der Frage nach emanzipatorischen Perspektiven für Nicaragua. Politische Parteien – auch

jenseits der FSLN – haben jede Glaubwürdigkeit verloren und es sind auch keine Persönlichkeiten in Sicht, die aus der aktuellen Krise herausführen könnten. Zwar wurde von allen Redner\*innen der seit März 2019 wiederaufgenommene Dialog zwischen dem oppositionellen Bündnis Alianza Cívica und der Regierung Ortega/Murillo begrüßt, doch die Hoffnungen auf einen Rücktritt des Präsidenten oder auf vorgezogene Neuwahlen sind gering. Und selbst der Ausgang der regulär für 2021 vorgesehenen Wahlen scheint unsicher, solange die FSLN alle staatlichen Gewalten kontrolliert und die Opposition kein Profil entwickelt.

## Blick über den Tellerrand

Bereichernd war die Perspektive aus Venezuela: Edgardo Lander, Professor der Soziologie aus Caracas, blickte „mit Neid“ auf den Dialogprozess in Nicaragua. In Venezuela dagegen seien die Fronten so verhärtet, dass



Von links nach rechts: Thomas Krämer (CIR), Vilma Nuñez (CENIDH), Sabine Broscheit (CIR) und Ursula Sieg auf der Nicaragua-Konferenz in Berlin

kaum eine Chance auf eine friedliche Lösung bestehe. Dabei sei es extrem wichtig, einen Interessensausgleich zu erzielen und die bolivariische Bewegung der Anhänger\*innen von Hugo Chávez und Nicolás Maduro in ein künftiges Venezuela einzubeziehen – >

**LICHTBLICK:** Nelly, die in der presente 1/2019 portraitierte politische Gefangene, wurde im April aus der Haft entlassen. Sie ist nun im „Casa por Cárcel“- Vollzug, eine Art Bewährungsstrafe mit strengen Auflagen, kann so aber bei ihrem Kind sein.

um Blutvergießen zu verhindern und um deren soziale Errungenschaften zu sichern.

Für Venezuela blieb diese Analyse auf der Konferenz unwidersprochen. Doch niemand hatte den Mut, sie auf Nicaragua zu übertragen, obgleich die Parallelen frappant sind: Hier wie dort stehen mindestens 20 Prozent der Bevölkerung fest hinter der Regierung und haben die Bereitschaft, deren politisches Projekt mit allen Mitteln zu verteidigen. Eine friedliche und fortschrittliche Perspektive für Nicaragua ist ohne diese überzeugten und gut organisierten Menschen nicht möglich. Sie müssen nicht besiegt, sondern an einem neuen Nicaragua beteiligt werden.

### Zivilgesellschaft als Hoffnungsträgerin

Wer könnte Träger einer solchen Entwicklung sein? Die Konferenz blieb diese Antwort schuldig. Und doch wurde deutlich, dass die anwesenden Repräsentantinnen der Zivilgesellschaft selbst eine Antwort darstellen. Von der 20-jährigen Studentin bis zu der 80-jährigen Menschenrechtsverteidigerin (nur Frauen - (k)ein Zufall!?) stehen sie für eine Utopie, die an den Bedürfnissen, den Rechten und der Würde der Menschen orientiert ist, unabhängig von politischer Orientierung. Der Brückenschlag zwischen Gegner\*innen und Anhänger\*innen der Regierung ist auch bei vielen Partnerorganisationen der CIR bereits tägliche Praxis: In den meisten Organisationen sind beide Lager vertreten. Und auch bei ihren Zielgruppen – seien es Frauen mit Ge-

walterfahrung, Textilarbeiter\*innen oder Kleinbäuer\*innen – sind alle betroffen, mit allen soll gearbeitet werden, ja selbst mit der Regierung. Politische Einseitigkeit oder Dogmatismus kann sich da niemand leisten. Dies ist nicht nur aktive Versöhnungsarbeit, sondern trägt

zugleich dazu bei, die Voraussetzungen für ein neues Nicaragua zu legen.

So scheint in einer starken, sich erneuernden Zivilgesellschaft ein Schlüssel für die Zukunft Nicaraguas zu liegen. Nicht für „linke Politik“ (zumindest nicht unter diesem Etikett), wohl aber für „emanzipatorische Gesellschaftsentwürfe“.

### Für ein freies Nicaragua!

Die Ereignisse in Nicaragua haben auch in Deutschland zu einer Welle der Solidarität geführt. Die CIR spürt dies durch eine gestiegene Spendenbereitschaft – über 20.000 EUR gingen zur Unterstützung der politischen Gefangenen und der Menschenrechtsarbeit von CENIDH ein. **Herzlichen Dank dafür!**

Trotz des offiziellen Verbots von CENIDH hat dieses Geld dazu beigetragen, dass die im Land verbliebenen Mitarbeiter\*innen die Arbeit weiterführen und für die Wiederanerkennung der Organisation kämpfen können.

Wir werden auch weiter die politischen Gefangenen, CENIDH und unsere anderen Partnerorganisationen unterstützen, die sich für ein freies Nicaragua einsetzen, in dem die Rechte und die Würde der Menschen geachtet werden.

Bitte unterstützen Sie uns dabei!

Stichwort «NICARAGUA»

Das System der schnellen Mode von Primark ist symptomatisch für die gesamte Branche.

Infodienst  
Fast Fashion



# 50 Jahre Primark – 50 Jahre Ausbeutung

## Wie Fast Fashion Menschen und Umwelt auslaugt

*Der Modediscounter Primark feiert diesen Juni 50-jähriges Jubiläum. Wir feiern nicht mit. Grund dafür sind nicht zuletzt die jüngsten Ergebnisse unserer Recherche in Primark-Zulieferfabriken in Sri Lanka, die das Gegenteil von Feierlaune hervorrufen.*

TEXT: ISABELL ULLRICH (CIR)

**P**rimark wird 50 und hat sich selbst ein Geburtstagsgeschenk gemacht: Im April wurde die weltweit größte Primark-Filiale im englischen Birmingham auf knapp 15.000 Quadratmetern eröffnet, inklusive Disney-Café und digital bespielbaren Schaufenstern.

Doch wie sieht es hinter den Kulissen dieser Hochglanz-Welt aus? Primark-Deutschland-Chef Wolfgang Krogmann betont im Interview mit dem Solinger Tageblatt, sein Unternehmen achte in den Produktionsstätten der Billig-Kleidung auf „auskömmliche Löhne“. Die sri-lankische Organisation Shramabhimani Kendraya hat im Auftrag der CIR direkt

bei den Arbeiter\*innen nachgefragt und unter anderem folgende Antwort erhalten:

**„ICH ARBEITE NUN SEIT ACHT JAHREN, ABER NICHTS HAT SICH GEÄNDERT. ICH WÜRDIE DIESE ARBEIT KEINEM EMPFEHLEN. UNSERE LÖHNE SIND SEHR NIEDRIG. WIR KÖNNEN NICHT EINMAL DIE LEBENSMITTEL KAUFEN, DIE WIR BRAUCHEN.“**

Was auch immer Primark unter „auskömmlich“ versteht, die Löhne der Befragten in den sechs untersuchten Primark-Zulieferfabriken in Sri-Lanka sind es nicht. Selbst mit über- ➤

## Löhne (pro Monat) und Arbeitsstunden (pro Woche) der Befragten



Einblick in eine typische Textilfabrik in Sri Lanka

14.500 LKR 73 €	Geringster Lohn unter den Befragten
15.500 LKR 79 €	Gesetzlicher Mindestlohn
15.912 LKR 81 €	Lohn der Befragten in der regulären Arbeitszeit
22.965 LKR 117 €	Realer Lohn der Befragten inkl. Überstunden
30.000 LKR 153 €	Geschätzter Basis-Existenzlohn laut den Befragten
58.093 LKR 296 €	Existenzsichernder Lohn nach Berechnung der Asia Floor Wage Alliance

mäßig vielen Überstunden (manchmal unter Verletzung der gesetzlichen Obergrenzen) haben Arbeiter\*innen zu kämpfen, den Lebensunterhalt für ihre Familie zu bestreiten. Wohnraum, Bildung und Gesundheit treten dabei in den Hintergrund oder die Arbeiter\*innen sind gezwungen, zur Erfüllung von Grundbedürfnissen Kredite aufzunehmen.

### 35 Überstunden – pro Woche

Und das, obwohl Primark seinen Zulieferern einen wortreichen Verhaltenskodex vorlegt, der existenzsichernde Löhne, Umweltschutz und hygienische Arbeitsbedingungen verlangt. Über 100 Primark-Kontrollleur\*innen seien ständig damit beschäftigt, die Sicherheit in den Fabriken zu prüfen. Unsere Recherchier\*innen fanden hingegen heraus, dass laut den befragten Arbeiter\*innen beim Primark-Zulieferer Lanka Washing Unit Chemikalien eingesetzt werden, die Hauterkrankungen verursachen. In allen sechs Fabriken berichteten Beschäftigte von exzessiven Überstunden von bis zu 35 Stunden pro Woche. Viele klagten über Rückenschmerzen vom ganztägigen Arbeiten im Stehen – nur zum Mittagessen dürften sie sich setzen, so die Befragten.

Weiter sagt Krogmann im Interview, fast jede deutsche Primark-Filiale habe einen Betriebsrat. In den untersuchten Fabriken in Sri

Lanka ist das in keiner einzigen der Fall. Die Versuche, bei zwei Zulieferern eine gewerkschaftliche Präsenz aufzubauen, trafen auf Widerstand. Die Arbeiter\*innen berichteten, es herrsche stillschweigende Übereinkunft, dass der Versuch zur Organisation einer Gewerkschaft mit Entlassung geahndet werde.

Schöne Worte auf bunt bedrucktem Papier und zweifelhafte Kontrollen – ist das die Nachhaltigkeitsstrategie von Primark? Während in Europa ein neuer Megastore nach dem nächsten entsteht, kümmert sich Primark vordergründig „irgendwie auch ein bisschen um Nachhaltigkeit, aber nicht wirklich“ – ganz getreu dem Spruch, den es auf T-Shirts gedruckt verkauft: „Kind of care but don't really“. Und wenn das T-Shirt dann nur drei Euro kostet, schaut man vielleicht auch nicht so genau hin – dabei sind die Discounter-Preise noch auf eine weitere Art nicht nachhaltig.





## NEUE STUDIE!

Erfahren Sie mehr über die Fast Fashion-Industrie und die Fabrikrecherche in Sri Lanka in unserer brandneuen Fast Fashion Studie, die Sie von unserer Website herunterladen können:

[www.ci-romero.de/publikationen](http://www.ci-romero.de/publikationen)

## Auf Kosten von Mensch – und Natur

Dadurch, dass Kleidung so billig ist, kaufen wir mehr, was dazu führt, dass wir ein Kleidungsstück nicht mehr als Gebrauchsgut – wie eine Waschmaschine oder ein Fahrrad – ansehen, sondern als ein Verbrauchsgut – wie einen Kaugummi oder ein Papiertaschentuch – es bewegt sich preislich ja auch eher mit letzteren auf einer Ebene. Kleidungsstücke für wenige Euro werden teils gar nicht mehr gewaschen, sondern nach einmaligem Tragen weggeworfen. Jedes fünfte Teil in deutschen Kleiderschränken bleibt komplett ungetragen.

Das ist toll für die Fast Fashion Konzerne: Über die Masse verdienen sie auch mit 3-Euro-T-Shirts – 2018 machte alleine Primark 975 Millionen Euro Gewinn, neuer Rekord. Aber das Fast Fashion System von Primark, das symptomatisch ist für die gesamte Branche, ist absolut verheerend für die Menschen, die unter immer größerem Zeit- und Preisdruck die Kleidung herstellen, und für Umwelt und Klima. Denn aus riesigen Mengen Ressourcen werden unter Ausstoß von Klimagasen in Höhe von jährlich ca. 1,5 Millionen Tonnen CO2 Berge von Party-Tops und Co. produziert, die nach durchschnittlich nur 1,7-maligem Tragen zu Müllbergen werden.

Statt ihre Kund\*innen mit Glamour und schönen Worten zu blenden, müssen Fast Fashion Giganten wie Primark, aber auch H&M oder Zara, endlich anfangen, Verantwortung zu übernehmen für all die ökologischen und sozialen Auswirkungen ihrer Industrie!

## Wege aus der zerstörerischen Fast Fashion

Ein erster Schritt hierfür ist die Umstellung der Einkaufspraktiken. Denn solange Primark bei der Auftragsvergabe vornehmlich auf Zeit und Preis schaut und nicht auch auf die schön formulierten Ziele der Nachhaltigkeitsabteilung, werden Zulieferer den Druck an die Arbeiter\*innen weitergeben und zu wenig in die Sicherheit von Arbeitsplätzen und Umweltschutz investieren. Ein zweiter Schritt für die nachhaltige Verbesserung von Arbeitsbedingungen in den Fabriken wäre die Beteiligung an einer glaubwürdigen Multistakeholder-Initiative mit unabhängigen Kontrollen. ■

Wir werden nicht zulassen, dass Primark sich weiter hinter Lügen versteckt und seine Verantwortung für Arbeiter\*innen und Umwelt ignoriert–

gemeinsam mit Ihnen!

50  
JAHRE

AUSBEUTUNG & BILLIGWARE

#CongratsPrimark

Schreiben Sie Primark mit dem #CongratsPrimark eine Nachricht bei Facebook (PrimarkGermany), Twitter (@Primark) oder Instagram (Primark) und „gratulieren“ Sie zu 50 Jahren Ausbeutung, 50 Jahren Billigware etc. Fordern Sie Fair Fashion statt Fast Fashion!

### Willkommen zurück

Anna Backmann ist zurück aus der einjährigen Elternzeit. Seit Anfang Mai arbeitet sie wieder im Münsteraner Büro und unterstützt in Teilzeit unsere Arbeit in den Bereichen Spielwarenindustrie und Unternehmensverantwortung. Schön, dass Du wieder da bist, liebe Anna!



### Wir sehen uns!

Vom 19. bis 22. Juni sind wir in Dortmund auf dem evangelischen Kirchentag vertreten. Mit leckerem Kaffee aus Nica-



ragua, hübschem Schmuck aus El Salvador und vielen aufschlussreichen Publikationen. Kommen Sie doch zu unserem Stand: Markt der Möglichkeiten - Themenbereich 5 Lateinamerika, Stand 4-E19.

### Save the date

Wenn Sie das Thema dieser presente Ausgabe interessiert, dann merken Sie sich doch schon mal den 16. November 2019 vor. An diesem Samstag veranstalten wir in Münster

in Kooperation mit dem Franz Hitze Haus die Tagung „Der Ausbeutung ein Ende setzen – Wege zu mehr Verantwortung in der Lieferkette“. Weitere Informationen folgen. ■

FOTO: MAREN KUITER; CIR-ARCHIV

## IN EIGENER SACHE

Unser Computer ist so programmiert, dass Spendenquittungen alle drei Monate ausgestellt werden. Sollten Sie 14 Tage nach Quartalsende trotzdem nichts von uns gehört haben, melden Sie sich bitte bei uns. Unsere Verwaltungsarbeit wird erleichtert, wenn Sie Ihren Namen, Ihre Anschrift und den Verwendungszweck Ihrer Spende deutlich angeben. Eine weitere Erleichterung ist die Ausstellung von Einzugsermächtigungen bei Dauerspender\*innen. Füllen Sie einfach dieses Formular aus und senden Sie es uns zu.

### Einzugsermächtigung

Ich unterstütze die Arbeit der CIR mit einem Beitrag

von \_\_\_\_\_ Euro

- einmalig     monatlich  
 1/4 jährlich     1/2 jährlich     jährlich

bis auf Widerruf beginnend am \_\_\_\_\_

#### Verwendungszweck:

- Projektarbeit     Öffentlichkeitsarbeit  
 Projekt-/Öff.-Arbeit     Fördermitgliedschaft

IBAN / Konto-Nr. \_\_\_\_\_

BIC / BLZ \_\_\_\_\_

Bank presente 2/2019

**Hiermit ermächtige ich die Christliche Initiative Romero e.V.,** den Betrag von meinem Konto durch Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen. Die SEPA-Lastschrift kann jederzeit mit sofortiger Wirkung widerrufen werden.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Strasse, Nr.

\_\_\_\_\_  
PLZ, Ort

\_\_\_\_\_  
E-Mail

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

# BESTELLSCHEIN

Alle angegebenen Preise zzgl. Versandkostenpauschale.



Sie können den ausgefüllten Bestellschein auch mit dem Smartphone abfotografieren und per E-Mail senden an [ci@ci-romero.de](mailto:ci@ci-romero.de)

gegen Porto	Expl.
-------------	-------



Porto und Verpackung werden zusätzlich berechnet. Beachten Sie bitte, dass aus Platzgründen nicht alle Titel, die wir im Versand führen, in unserer **presente** erwähnt werden. All unsere Publikationen finden Sie unter [www.ci-romero.de/publikationen](http://www.ci-romero.de/publikationen).

Christliche Initiative Romero	Euro	Expl.
<b>presente 2/2019</b> (vorliegend)	gratis	
<b>Broschüre: Romero Stiftung</b>	gratis	
<b>Werkmappe Romero: Falsche Propheten gibt es genug</b>	2,50	
<b>RomeroZeitung 2015 – Zur Seligsprechung</b>		
<b>Flyer: Maquila-Solidaritätsfonds</b>	gegen Porto	
<b>Faltblatt: Gemeinsam Dinge bewegen. CIR-Fördermitgliedschaft</b>		
<b>Faire öffentliche Beschaffung</b>		
<b>Faltblatt: Für faire Dienstbekleidung in Kommunen!</b>		
<b>Faltblatt: Berlin, kauf endlich fair!</b>		
<b>Faltblatt: Sozial verantwortlicher Einkauf in Kommunen – Diese Projekte zeigen, wie es geht!</b>	gegen Porto	
<b>Aktionszeitung: BRENNPUNKT Kommunen in der Pflicht</b>		
<b>Studie: Blick über den Tellerrand</b>	4,00	
<b>Leitfaden: Wie fair kauft meine Stadt? Wegweiser sozial verantwortliche Beschaffung in Kommunen</b>	4,00	
<b>Öko-fairer kirchlicher Einkauf</b>		
<b>Mini-Leitfaden: Wie fair kauft meine Kirche?</b>	gegen Porto	
<b>Faltblatt: Das öko-faire Gotteshaus</b>		
<b>Leitfaden: Wie fair kauft meine Kirche?</b>	5,00	
<b>Kleidung</b>		
<b>Infopakete: Kleidung</b>	gegen Porto	
<b>Faltblatt: #Modesünde Fast Fashion</b>		
<b>Werkmappe: Eingefädelt. Arbeitshilfe für Multiplikator*innen</b>	5,00	
<b>Set: Eingefädelt. Arbeitshilfe für Multiplikator*innen</b>	7,00	
<b>Foto-Posterserie zur Bekleidungsindustrie: „Nach St(r)ich und Faden“ (6 Poster)</b>	20,00	
<b>Aktionspostkarte: Ich möchte die ganze Rechnung sehen!</b>	gegen Porto	
<b>Faltblatt: #SAUBEREKLEIDUNG Hauptsache billig</b>		
<b>Faltblatt: Fit For Fair – für Sportler*innen u. Vereine</b>		
<b>Werkmappe: Fit For Fair? Arbeitsbedingungen in der Sportbekleidungsindustrie</b>	5,00	
<b>Rohstoffe</b>		
<b>Infopakete: Rohstoffe</b>	gegen Porto	
<b>Faltblatt: Schöner Schein... Kann man Gold „ethisch“ konsumieren?</b>		
<b>Studie: Mexiko: Gewaltrohstoffe für Deutschlands Industrie?</b>	4,00	
<b>Studie: Diebstahl. Wie die Stahlindustrie sich aus der Verantwortung stiehlt</b>	2,00	
<b>Aktionszeitung: BRENNPUNKT Begrabene Menschenrechte. Bergbau in Mittelamerika und Mexiko</b>	gegen Porto	
<b>Aktionszeitung: BRENNPUNKT Banken und Bergbau</b>		

Kritischer Konsum	Euro	Expl.
<b>Infopakete: Kritischer Konsum</b>		
<b>Aktionszeitung: BRENNPUNKT Arbeitsrechte in der Spielwarenindustrie</b>	gegen Porto	
<b>Dossier: CSR – Unternehmensverantwortung in der deutschen Spielwarenindustrie</b> <span style="background-color: #0070C0; color: white; padding: 2px;">NEU</span>		
<b>Aktionspostkarte: Gaben &amp; Begabungen teilen</b>		
<b>Werkmappe: Kaufwahn oder konsumieren mit Sinn?</b>	5,00	
<b>Wegweiser durch das Label-Labyrinth</b>	2,00	
<b>Quick Check: Eine schnelle Orientierung im Label-Labyrinth</b>		
<b>Bündniszeitung zum UN-Treaty: Menschenrechte vor Profit</b>	gegen Porto	
<b>Prospekt-Persiflage (Adbust): Was hinter Schnäppchen steckt</b> ALDI <input type="checkbox"/> LIDL <input type="checkbox"/> KIK <input type="checkbox"/> EDEKA <input type="checkbox"/>		
<b>Supermärkte und Lebensmittel</b>		
<b>Faltblatt: 25 Tipps für ethisches Essen. Was kann ich tun?</b>		
<b>EDEKA-Stickerprotestkarte: Wir ... auf Arbeitsbedingungen</b>	gegen Porto	
<b>Poster: Das SuperMarkt-Wimmelbild</b>		
<b>presente EXTRA: Essen ist politisch</b>		
<b>Broschüre: Der Wandel. Schattenseiten &amp; Lichtblicke in der Orangensafterstellung</b>		
<b>Studie: Ausgepresst. Hinter den Kulissen der Saftindustrie</b>	4,00	
<b>Aktionszeitung: BRENNPUNKT Hauptsache billig?</b>	gegen Porto	
<b>Faltblatt: Sklavenarbeit ist billiger. Ausbeutung in Chicken Nuggets</b>		
<b>Studie: Unser täglich Fleisch</b>	2,00	
<b>Werkmappe: Supermärkte in die Verantwortung nehmen!</b>	3,00	
<b>Wander-Ausstellung: Lebenswelten. Arbeiter*innen entlang der Lieferkette (20 Din A2) Ausleihtermine bitte anfragen, danke!</b>	12,00 <sup>1)</sup>	
<b>Bildungs- und Aktionstasche mit 6 Kurzfilmen + 10 Methodenblättern, der „Werkmappe Supermärkte“, vielen Aktionsmaterialien</b>	10,00	

<sup>1)</sup> für Verpackung u. Versand

Name/Organisation \_\_\_\_\_

Straße und Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ und Ort \_\_\_\_\_

Telefon/Fax \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte schicken Sie mir den E-Mail-Newsletter der CIR zu.



CHRISTLICHE INITIATIVE ROMERO

Christliche Initiative Romero (CIR)  
Schillerstraße 44a  
D-48155 Münster

Telefon 0251 - 67 44 13 - 0  
Fax 0251 - 67 44 13 - 11  
[ci@ci-romero.de](mailto:ci@ci-romero.de)  
[www.ci-romero.de](http://www.ci-romero.de)

Bankverbindung  
DKM Darlehnskasse Münster  
IBAN: DE67 4006 0265 0003 1122 00  
BIC: GENODEM1DKM



# Armutszeugnis für die Demokratie

Das Urteil gegen Attac ist ein Maulkorb für die Zivilgesellschaft

**D**er Bundesfinanzhof hat der globalisierungskritischen Nichtregierungsorganisation Attac Deutschland die Gemeinnützigkeit aberkannt, weil die „Einflussnahme auf politische Willensbildung und Gestaltung der öffentlichen Meinung [...] keinen gemeinnützigen Zweck erfüllt.“ Lediglich zu Themen, die von der Abgabenordnung ausdrücklich als gemeinnützig definiert wurden und die in der Vereinsatzung stehen, dürfen Organisationen im begrenzten Umfang Kampagnenarbeit machen, so der Bundesfinanzhof. Die Konsequenz: Wenn sich Organisationen künftig zu Demokratie, Handelsabkommen oder Lobbyarbeit äußern, können sie ihre Gemeinnützigkeit und damit ihre Existenz gefährden. Ein Urteil, das uns fassungslos macht.

Die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Attac ist bis dato der härteste, aber leider nicht einzige Angriff auf die kritische Zivilgesellschaft: Schon länger stellen Politiker\*innen die Gemeinnützigkeit von Organisationen wie z.B. die Deutsche Umwelthilfe oder foodwatch öffentlich in Frage. Die AFD reichte beim Finanzamt gar eine Anzeige gegen die Kampagnenorganisation Campact ein.

 Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung

## Nicht einschüchtern lassen!

Die CIR ist von dem Urteil aktuell nicht unmittelbar bedroht, da unsere Kampagnen den Inhalten unserer Satzung entsprechen und wir vielfältige Arbeit leisten – von der Projektarbeit in Mittelamerika über Bildungsarbeit bis hin zum Verbraucherschutz. Nichtsdestotrotz geht das Urteil an keiner Organisation spurlos vorbei, die unter dem Einsatz für Entwicklungszusammenarbeit mehr versteht als bloße Wohltätigkeit, die an den strukturellen Ursachen der Armut nichts ändert. Denn nun gibt es neben der politischen Diskreditierung auch ein finanzpolitisches Instrument, um kritische NGOs mundtot zu machen.

## Wir brauchen Rechtssicherheit!

Das muss sich ändern! Als Mitglied der „Allianz für Rechtssicherheit“ engagieren wir uns daher für eine Änderung der jetzigen Abgabenordnung. Die Arbeit von Attac und allen anderen kritischen NGOs ist gemeinnützig! Bitte unterstützen Sie die Petition:

[www.ci-romero.de/attac-urteil](http://www.ci-romero.de/attac-urteil)

